

Kampf für Gleichstellung: Frauenrechte in Gefahr - Was muss die Regierung tun?

Am 4. Dezember 2024 diskutiert die UNO in Wien Geschlechterdiskriminierung und fordert Reformen für Frauenrechte in Österreich.



Vienna, Österreich - In Österreich wird die Überprüfung der UN-Frauenrechtskonvention zur dringenden Angelegenheit, denn die UNO hat das Land erneut ins Visier genommen. Wie die **Webseite von Wien** berichtet, erinnert die UNO daran, dass die Wichtigkeit des Abbaus jeglicher Geschlechterdiskriminierung, der Gewaltschutz und die Rechte der Frauen nicht ausreichend angegangen wurden. Der Schattenbericht aus NGO-Kreisen soll als Unterstützung für die kommenden Fragen der UNO fungieren, die vor allem auf die Probleme von Altersarmut und politischer Repräsentation eingehen wird. Die Kritik von Klaudia Friebe, Vorsitzende des Frauenrings, an der schwarz-grünen Regierung ist unmissverständlich: Ein echter Fortschritt in der Frauen- und

Gleichstellungspolitik bleibt aus. So wurde der Schwangerschaftsabbruch nicht wie gefordert aus dem Strafgesetzbuch gestrichen.

Weltweite Vorurteile gegen Frauen

Die alarmierenden Resultate gehen jedoch über Österreich hinaus. Laut einem neuen Bericht des UN-Entwicklungsprogramms (UNDP), welcher am Montag veröffentlicht wurde, bleibt die gesellschaftliche Wahrnehmung von Frauen weltweit problematisch. So glauben immer noch 50 Prozent der Menschen, Männer seien die besseren politischen Führungskräfte. Der Bericht, wie auf der Seite des **UNRIC** nachzulesen ist, zeigt, dass in einigen Regionen der Welt schockierende 25 Prozent der Menschen Gewalt gegen Frauen als gerechtfertigt ansehen. Diese Normen wirken sich negativ auf die Entwicklung der Gesellschaft aus und unterstreichen die Dringlichkeit, gegen Geschlechterdiskriminierung vorzugehen.

Die aktuelle Lage verdeutlicht, dass es einer umfassenden Reform bedarf. EVA Burger von der Arbeiterkammer Wien fordert mehr Lohntransparenz, um den Gender-Pay-Gap zu schließen, während Sophie Hansal, Leiterin des Frauennetzwerks, eine gleichmäßigere Aufteilung der Sorgearbeit zwischen Männern und Frauen postuliert. Diese würde nicht nur die Gleichheit fördern, sondern auch die Prävention von Gewalt unterstützen. Die Notwendigkeit eines eigenständigen Frauenministeriums wird dringlich beschworen. Nur durch die gesetzliche Verpflichtung zu einem Frauenanteil von 50 Prozent in der Staatsführung kann ein echter Wandel geschehen.

Details	
Ort	Vienna, Österreich
Quellen	• www.vienna.at • unric.org

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at